

# Basta!

Nr. 3 / September 2009

Basels starke Alternative

## Solidarität mit IV-RentnerInnen

Abstimmung

Am 27. September 2009 stimmen wir über eine auf 7 Jahre befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4% (beziehungsweise um 0,1% für Güter des täglichen Bedarfs) ab. Dies ergibt zusammen mit einem Beitrag aus der Bundeskasse pro Jahr ca. 1,5 Milliarden Franken Zusatzeinnahmen für die IV bis 2017. Damit ist die Finanzierung der IV keineswegs langfristig gesichert, aber es werden kaum mehr Defizite entstehen und der Schuldenberg wird nicht weiter wachsen. Zudem werden die vom AHV-Ausgleichsfonds erbrachten Darlehen an die IV vom Bund verzinst. Damit wird sichergestellt, dass nicht auch noch die AHV finanzielle Probleme erhält. Die IV erhält einen eigenständigen Ausgleichsfonds und wird von der AHV abgekoppelt. **Basta!** sagt klar Ja zur Vorlage.



Jede Erhöhung der Mehrwertsteuer ist grundsätzlich unsozial, belastet sie doch Arm und Reich gleichermaßen. Basta! hätte sich eine sozialere Finanzierung gewünscht, etwa durch

eine Erhöhung der Treibstoffabgaben, eine Anhebung der Vermögenssteuer oder die Einführung einer eidgenössischen Erbschaftssteuer. Doch die IV braucht dringend zusätzliche Geldmittel, und zwar jetzt. Ein Nein zur Zusatzfinanzierung würde diejenigen Kräfte massiv stärken, die jetzt schon weitere einschneidende Abbauschritte verlangen. Die am 27. September zur Abstimmung gelangende Vorlage führt zu einer Mehrbelastung der Haushalte um durchschnittlich Fr. 300.- pro Jahr. Dieser Solidaritätsbeitrag erscheint uns

auch für Haushalte mit geringem Einkommen verkraftbar. Denn vergessen wir nicht: Eine Behinderung kann uns allen jederzeit widerfahren.

Mit der aktuellen Vorlage werden die Probleme der IV nicht gelöst, aber wenigstens wird verhindert, dass sie sich weiter verschärfen. Das Ringen um eine langfristige Finanzierung der IV wird auch bei einem Ja weitergehen. Die 6. IV-Revision ist bereits aufgegleist. Was darüber bis jetzt bekannt ist, verspricht nichts Gutes: erneuter massiver Leistungsabbau. Basta! wird sich dagegen zur Wehr setzen. Wir dulden nicht, dass eines der wichtigsten Sozialwerke der Schweiz Schritt für Schritt ausgehöhlt wird. Wir haben schon die 5. IV-Revision bekämpft und waren im deutschschweizerischen Referendumskomitee federführend. Unser Sekretär Martin Flückiger führte das Kampagnensekretariat für die Deutschschweiz. Das relativ knappe

Multitionen an:  
Postfach 225, 4005 Basel

AZB  
4005 Basel

Gesamtschweizerische  
Demonstration  
Sonntag, 13. September 2009  
11.30 Uhr, Schützenmatte, Bern

**Wir bezahlen eure Krise nicht!  
Arbeit und Renten sichern**

Extrazug ab Basel (gratis)  
Besammlung:  
11.00, Schalterhalle: SGB USS

Abstimmungsergebnis damals müsste den Bürgerlichen eigentlich eine Warnung sein, den Bogen nicht zu überspannen.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer fällt allerdings in eine Zeit, in der ohnehin beträchtliche Mehrbelastungen auf die Haushalte zukommen. Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise werden vermutlich ab 2010 erst richtig spürbar werden. Die Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeitenden wird weiter anwachsen. Dazu kommen Erhöhungen der Krankenkassenprämien um 10% und Sanierungsbeiträge an die Pensionskassen etc. Dies alles wird die Haushaltsbudgets weit mehr belasten als der Solidaritätsbeitrag zugunsten der IV. Solidarisieren wir uns mit den Menschen, die mit einer Behinderung leben müssen! Stimmen wir am 27. September Ja zur IV-Vorlage! Richten wir unsere Wut gegen diejenigen, die das Wirtschaftsschlamassel angerichtet haben, gegen die Abzocker und Finanzjongleure! Auf an die Grossdemo am 19. September in Bern.

Urs Müller

# Bon-Netz-Bon: ein Selbsthilfeprojekt

**Interview mit Hans-Georg Heimann, Mitglied des Vereins Soziale Ökonomie und der Interprofessionellen Gewerkschaft der ArbeiterInnen IGA. Die Redaktion setzt damit eine lose Serie fort, in der wir in Basel aktive Gruppierungen vorstellen.**

*Hans-Georg, du bist Mitglied im Verein Soziale Ökonomie. Dieser Verein hat unter dem Namen Bon-Netz-Bon eine eigene Währung in Umlauf gesetzt. Welche Idee steckt dahinter, was wollt ihr mit der Alternativwährung erreichen?*

Die Idee einer lokalen Währung entstand als Reaktion in der langen und tiefen Krise der 90er Jahre. Die global orientierte Wirtschaft geht oft rücksichtslos ihren eigenen Interessen nach und lässt lokale Bedürfnisse rechts liegen. Bon-Netz-Bons (BNB) können nur lokal zirkulieren. Herausgeber ist eine Genossenschaft, deren Mitglieder sich der Selbstverwaltung verpflichtet haben. BNB annehmen kann jedes Geschäft. Inspiriert hat uns ein Seminar beim Genossenschaftsverbund Mondragon im Baskenland.

*Ist es nicht politisch naiv zu glauben, mit einer Alternativwährung könne man die kapitalistischen Mechanismen aushebeln?*

In erster Linie ist das Projekt eine Selbsthilfe. In Momenten einer hohen Arbeitslosigkeit sind solche gemeinschaftliche Projekte die einzigen Perspektiven. Ein Impuls für die breitere Lancierung des BNB war der Besuch von Eloisa Primavera aus Argentinien. In der Währungskrise 2001 hatte der plötzliche Kapitalabfluss eine schwere Wirtschaftskrise ausgelöst. Die gesellschaftliche Kohäsion konnte nur durch die vielen Lokalwährungen und Tauschsysteme, auch unter besetzten und weiter produzierenden Fabriken, erhalten

werden. Das kapitalistische System kann sicher nicht mit alternativen Wirtschaftskreisläufen ausgehebelt werden. Die Stärkung demokratischer Wirtschaftsstrukturen ist aber sehr wichtig gegen Tendenzen autoritärer Politik.

*Dein zweites politisches Standbein ist die Interprofessionelle Gewerkschaft der ArbeiterInnen - IGA. Diese Gewerkschaft kümmert sich vor allem um Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen. Wie wirkt sich die aktuelle Wirtschaftskrise auf eure Arbeit aus?*

Die Signale sind bis jetzt widersprüchlich. Einerseits ist aufgrund der demografischen Entwicklung eine 'Pensionierungswelle' zu beobachten. Dies hinderte Arbeitgeber, sofort zu kündigen, da sie auf qualifiziertes Personal angewiesen sind beim Besetzen der Stellen von Pensionierten. Auf der anderen Seite wurden bereits vielerorts Menschen entlassen. Die eigentliche Entlassungswelle droht aber beim Auslaufen der Kurzarbeit. Mit den bereits durchgeführten Abbaumassnahmen im sozialen Netz droht jede Krise schneller die Kantone und Gemeinden zu belasten. Handlungsbedarf liegt bei der Ausgestaltung und Finanzierung der Sozialhilfe. Sehr wichtig ist ein Stop der geplanten Abbaumassnahmen bei der Arbeitslosenversicherung. Hier haben wir zusammen Arbeitslosenkomitees aus La Chaux-de-Fonds und Bern ein Referendumskomitee gegründet.

*Die Fragen stellte Martin Flückiger*

**Abstimmungen vom  
27. September 2009: BastA!  
empfiehlt dreimal Ja.**

BastA! hat im Hinblick auf die Abstimmungen vom 27. September folgende Parolen beschlossen:

Ja zum Umbau und zur Sanierung Luzernererring / Wasgenring. Trotz einiger Vorbehalte gegenüber der jetzt zur Abstimmung gelangenden Vorlage sagt BastA! klar Ja zum Umbau und zur Sanierung Luzernererring / Wasgenring. Seit der Öffnung der Nordtangentenausfahrt Luzernererring hat der Verkehr im betroffenen Quartier zugenommen. Mit den geplanten baulichen Massnahmen wird der motorisierte Verkehr kanalisiert und verflüssigt. Auch werden mehr Bäume gepflanzt, die Trottoirs verbreitert und separate Velospuren gebaut. Eine Spurreduktion, wie vor dem Bau der Nordtangente versprochen, wird allerdings nur im Bereich Wasgenring realisiert. Auch enthält die Vorlage keine Massnahmen zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs, was für die Wohnqualität und die Verkehrssicherheit in den angrenzenden Quartieren entscheidend wäre. Die jetzt geplanten Massnahmen können daher nur ein erster Schritt sein. Wir wünschen uns künftig eine Verkehrsplanung, die das stetig wachsende Verkehrsaufkommen nicht einfach als gegeben hinnimmt, sondern gezielte Gegenmassnahmen vorschlägt.

Ja zur befristeten Zusatzfinanzierung der IV durch Anhebung des Mehrwertsteuersatzes. Damit das Defizit der IV nicht weiter wächst, ist sie dringend auf zusätzliche Geldmittel angewiesen. Zwar hätten wir uns eine sozialverträglichere Finanzierung als die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes gewünscht, doch die jetzt vorgeschlagene moderate Erhöhung der Mehrwertsteuer ist auch für Haushalte mit geringem Einkommen verkraftbar. Im Durchschnitt beträgt die Mehrbelastung der Haushalts-einkommen Fr. 13.80 pro Monat. Wichtig ist auch, dass die Vorlage eine Entflechtung von AHV und IV vorsieht. Die AHV wird damit auf Dauer von der Belastung durch die IV befreit.

Allerdings sind wir uns bewusst, dass die langfristige Finanzierung der IV mit den vorgeschlagenen Massnahmen noch nicht gesichert ist. Von bürgerlicher Seite werden denn auch schon jetzt Forderungen nach einem weiteren Leistungsabbau laut. BastA! wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass es nicht so weit kommt. Die Abbauschritte, welche die 5. IV-Revision brachte, sind für die Betroffenen schon äusserst einschneidend. Wir dulden nicht, dass eines der wichtigsten Sozialwerke der Schweiz kontinuierlich ausgehöhlt wird. Wir werden uns im Gegenteil für einen

Fortsetzung nächste Seite

## **Interprofessionelle Gewerkschaft der ArbeiterInnen IGA**

Die IGA ist die Gewerkschaft der prekär Arbeitenden, der Temporär-, im Zwischenverdienst, auf Abruf und in mehreren Jobs gleichzeitig Arbeitenden, der Arbeitslosen, der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt. Die IGA lebt von Mitgliederbeiträgen, Solidaritäts-Mitgliedschaften, Spenden und ehrenamtlicher Arbeit.

IGA, Oetlingerstr. 74, 4057 Basel, Tel. 061 681 92 91 Mo, Di und Do 14-17 Uhr

## **Der Verein Soziale Ökonomie**

Der Verein denkt Ökonomie vom Ursprung aus: „Oikos“ (das Haus) und „némein“ (teilen und verteilen). Er entwickelt Projekte für ein nachhaltigeres Dasein. Z.B. die Alternativwährung „BonNetzBon“. Sie ist demokratisch kontrolliert, vernetzt sozial und ökologisch bewusste Menschen und fliesst nicht in die gegenüber Mensch und Natur rücksichtslosen, globalisierten und spekulativen Märkte ab.

[www.viavia.ch/netzbon](http://www.viavia.ch/netzbon)

## Parolen (Fortsetzung)

Ausbau der IV einsetzen. Die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderung müssen endlich von der Politik ernst genommen werden. Insbesondere sollten die Arbeitgeber in die Pflicht genommen werden, behindertengerechte Arbeitsplätze zu schaffen.

Ja zum Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative. Die allgemeine Volksinitiative war von Beginn an eine Fehlkonstruktion. Sie erfordert genau gleich viel Aufwand für das Sammeln und Beglaubigen von Unterschriften wie die Verfassungsinitiative, hat aber nur den Charakter einer Anregung, die dann vom Parlament konkretisiert werden muss. Wir hätten uns statt dessen die Einführung der Gesetzesinitiative auf nationaler Ebene gewünscht.

## Krankenkassenprämien: BastA! fordert Massnahmen

Für BastA! steht fest: Die Prämienverbilligungen im Kanton Basel-Stadt müssen der aktuellen Entwicklung angepasst werden. Wir fordern, dass die Einkommensgrenze für Prämienverbilligungen um 10 Prozent angehoben wird. Ausserdem sind die kantonalen Beiträge an die Krankenkassenprämien so zu gestalten, dass kein Haushalt mit Anspruch auf Prämienverbilligung im Jahr 2010 höhere Krankenkassenbeiträge entrichten muss als im laufenden Jahr.

## Neues Fraktionspräsidium

Turnusgemäss hat BastA!-Grossrätin Heidi Mück das Präsidium der Fraktion Grünes Bündnis an die grüne Grossrätin Elisabeth Ackermann übergeben. Wir danken Heidi Mück für ihr Engagement und wünschen der neuen Fraktionspräsidentin Elisabeth Ackermann viel Erfolg.

# Wichtige Vorstösse überwiesen

FrAktion

Nach den aus unserer Sicht völlig verunglückten Kommissionswahlen zu Beginn dieser Legislatur war die Stimmung im Grossen Rat oft angespannt und zum Teil sogar gehässig. Die neuen Mehrheitsverhältnisse, die den nach Rechts tendierenden kleinen Mitteparteien als Zünglein auf der Waage eine übermässige Machtposition geben, spielten jedoch nicht bei allen Abstimmungen, so dass doch einige wichtige Vorstösse überwiesen werden konnten.



Als Beispiel sei die Motion von Brigitta Gerber betreffend besseres Risikomanagement durch geschlechterspezifisch ausgewogene Besetzung der Verwaltungsräte im öffentlichen

und halb-öffentlichen Bereich erwähnt. Diese Motion wurde nach den aktuellen Wahlen in den Bankrat, die eine drastische Verschlechterung der Frauenquote in diesem Gremium zur Folge hatten, lanciert. Sie fordert die Regierung auf, „das Verhältnis der Geschlechter in öffentlichen und halböffentlichen Körperschaften zu überprüfen und dem Grossen Rat eine Ergänzung der Verfassung in folgendem Sinn zu unterbreiten: Bei der Bestellung von Aufsichtsgremien im öffentlichen und halb-öffentlichen Bereich ist darauf zu achten, dass mindestens 30% der Mandate an Frauen vergeben werden (z. Bsp. dreifach paritätisch) und der Regierungsrat ganz im Sinne der Verfassung vorbereitend darauf hin wirkt, dass öffentliche Aufgaben sowohl von Frauen als auch von Männern wahrgenommen werden können.“ Diese Motion wurde mit 47 gegen 38 Stimmen an die Regierung überwiesen.

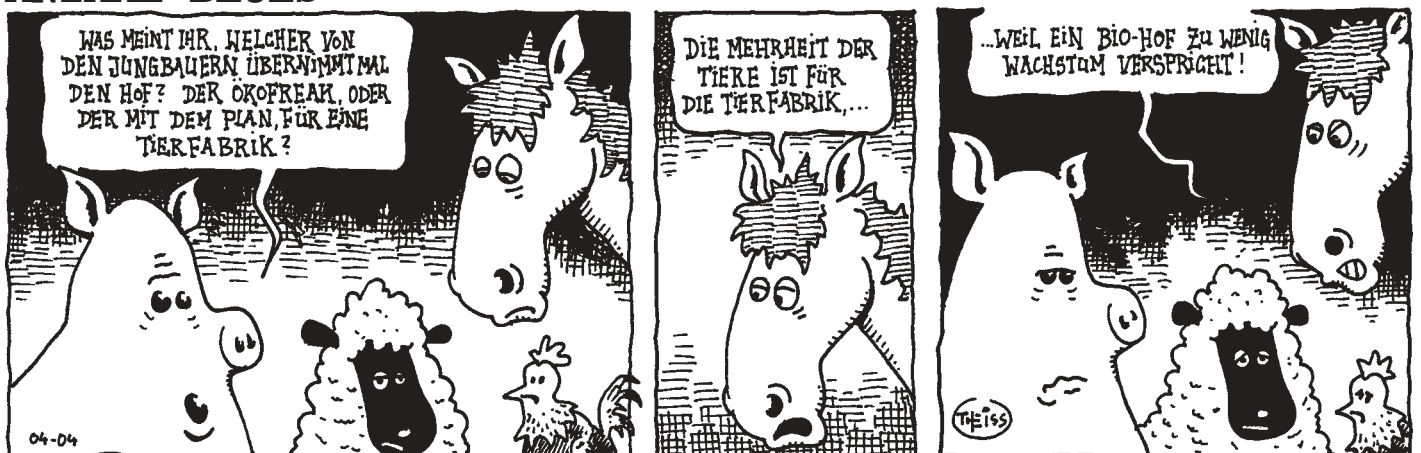
Auch der Antrag auf Einreichung einer Ständesinitiative betreffend Übernahme der Mietnebenkosten inkl. jährlicher

Schlussrechnung bei den Ergänzungsleistungen, sowie Anpassung des Grenzwertes der Mietkosten für Mehrpersonenhaushalte den Urs Müller schon 2007 eingereicht hatte, war erfolgreich. Das Anliegen wurde von der Regierung unterstützt und diskussionslos mit 48 gegen 9 Stimmen als erledigt erklärt, was bedeutet, dass die Ständesinitiative von der Regierung nach Bundesbern geschickt werden kann. Als letztes Beispiel eines erfolgreichen Vorstosses sei der Anzug von Patrizia Bernasconi zur Finanzierung energetischer Sanierungen von staatlichen Liegenschaften erwähnt, der von bürgerlicher Seite heftig bestritten, aber dann doch klar mit 44 gegen 26 Stimmen an die Regierung überwiesen wurde.

Diese erfreulichen Ergebnisse zeigen, dass das Abstimmungsverhalten der Fraktionen bei alltäglichen Geschäften im Grossen Rat offenbar nicht vergleichbar ist mit dem Verhalten bei den Kommissionswahlen. Auch scheint die Fraktionsdisziplin, die bei den Kommissionswahlen äusserst streng eingehalten wurde, sich wieder aufzuweichen. Die Aussichten sind also doch nicht so trüb, wie es zu Beginn dieser Legislatur den Eindruck erweckte, obwohl die Mehrheiten nicht klar sind und zentrale BastA!-Themen, wie zum Beispiel soziale Sicherheit, Wahrung der Grundrechte oder Verbesserung der Situation von Sans Papiers einen schweren Stand haben.

Heidi Mück

## ANIMAL BLUES





# Die Kaserne Basel und der Mut zu einer kantonalen Kulturpolitik

Noch im Frühling war in den Zeitungen zu lesen, dass die Leitung der Kaserne Basel an der Mitgliederversammlung des Kasernenvereins eine „alarmierende“ Jahresbilanz präsentieren müsse. Knapp CHF 310'000 betrage der Verlust aus dem Jahre 2008. Die Rücklagen (CHF 50'000) könnten die Finanzlücke bei Weitem nicht decken. Nach dem Beinahekonkurs und der Konsolidierung vor einigen Jahren sei die Kaserne erneut auf die „Gnade“ der Basler Kantone angewiesen. Michael Koechlin, Verantwortlicher Abt. Kultur meinte: «Das Defizit ist ein klarer Hinweis darauf, dass das bisher gültige Subventionsmodell nicht mehr funktioniert» und versprach, sich für «deutlich höhere Subventionen» bei den Kantonen einzusetzen (BaZ 8.4.09).



Mit der neuen Leiterin Carena Schlewitt hat die Kaserne wieder an Profil gewonnen und versucht, betrieblich Tritt zu fassen. Der Kasernen-Betrieb ist seit Jahren unterfinanziert und schiebt alte Finanzlasten vor sich her. In einer Interpellation fragte ich die Regierung, ob es denn sinnvoll sei, von der Kaserne zu verlangen, dass sie sich massgeblich über Partys und Sponsoren finanziere. Einerseits könne das Organisieren von Festen doch nicht wirklich Auftrag eines Kulturbetriebes sein. Andererseits müsse sich gutes Theater kritisch zu gesellschaftlichen Fragen äussern können, was oftmals den Vorstellungen von privaten Investoren und Sponsoren widerspreche. Grundlegend für das Funktionieren von Kulturbetrieben sei die Programmierung von Kultur-Veranstaltungen. Ohne Geld

könne jedoch nicht programmiert werden.

Die Regierung antwortete, dass das Organisieren von Partys tatsächlich nicht zum Kernauftrag der Kaserne gehöre und in finanzieller Sicht nur eine beschränkte Rolle spiele. Doch hofft sie, dadurch für jüngere Leute die Schwelle zum künstlerischen Angebot der Kaserne zu verkleinern. Die Regierung anerkennt, dass der Auftrag, kritisches, anspruchsvolles und innovatives Theater und Tanzschaffen zu zeigen, sich klar mit der Akquisition von Sponsorengeldern beisst und so auch keine kostendeckenden Einnahmen generiert werden könnten.

So kam dann der Regierungsrat zum Schluss, dass die Existenz der Kaserne Basel längerfristig gesichert werden und das strukturelle Defizit zusammen mit BL behoben werden soll. So viel zur guten Nachricht. Die schlechte: Einmal mehr sollen parallel dazu die Kulturabteilungen BS/BL mit Kasernenleitung und Vereinsvorstand

einen „intensiven Prozess der Optimierung der Strukturen und der Abläufe“ angehen. Nota bene: Die Abteilung Kultur ist seit Jahren im Vorstand der Kaserne vertreten! Eine externe Betriebsanalyse durch Private wird jetzt der Regierung sagen, was sie zu tun hat. Da fragt kulturinteressierte Frau sich doch: Kann die breite Ausrichtung auf Musik und Performing Arts der Kaserne wirklich unabhängig von einer städtischen Gesamtschau diskutiert werden? Und braucht es für eine spannende Kulturpolitik nicht vielleicht vor allem Ideen, Kulturverständnis und Umsetzungswillen in der Verwaltung resp. Regierung - nicht aber eine weitere Betriebsanalyse? Meiner Ansicht nach wäre das Geld besser genutzt, wenn die Kaserne es direkt in ihre Programmierung investieren könnte und die Regierung endlich eine kohärente städtische Kulturpolitik auf den Tisch legen würde.

*Brigitta Gerber*

---

## Lesetipp von Annemarie Pfister

### Lazarus – ein Anti-Integrationsroman

Aleksandar Hemon's Roman beginnt im Chicago des Jahres 1908, als ein junger jüdischer Einwanderer namens Lazarus Averbuch, ein vermeintlicher Anarchist – sein einziges Vergehen war der Besuch eines Vortrages von Emma Goldmann – das Haus des Polizeichefs betritt und erschossen wird. Vladimir Brik, der Erzähler, ein bosnisch-amerikanischer Schriftsteller, macht, beinahe ein Jahrhundert später, den Versuch, die Wahrheit über den Tod Averbuchs ans Licht zu bringen. Brik macht sich auf und reist, dank eines Stipendiums, mit Rora, einem Klassenkolle-

gen aus Sarajewo, in die Ukraine, nach Lemberg. Rora, sein bosnischer Landsmann, wohnt ebenfalls in Chicago und ist Fotograf.

Während die beiden jungen Männer aus der Ukraine nach Moldawien fahren, ähnelt vieles, was Rora Brik über den Krieg in Jugoslawien erzählt, den Pogromen in dieser Region während Averbuchs Jugend. Anders als Brik war Rora während der Belagerung von Sarajewo anfangs der neunziger Jahre vor Ort. Der Antisemitismus anfangs des 20. Jahrhunderts in Chicago äh-

nelt in vielem der Dämonisierung der Muslime in der Folge des 11. Septembers. Diese Parallelen erzeugen eine grosse Vielschichtigkeit, Rora und Brik fahren am Ende des Romans über Rumänien nach Bosnien, wo sich der grimmige Hass unter den Volksgemeinschaften von neuem manifestiert.

Lazarus ist ein lebendiger Text voll moralischer Entrüstung, ein trauriger, humorvoller und vieldeutiger Roman.

*Annemarie Pfister*

*Hemon, Aleksandar: Lazarus. Roman. Aus dem Amerikanischen von Rudolf Hermstein. Mit Fotografien von Velibor Bozovic. Albert Knaus Verlag, München 2009, Sfr. 34.90*

# Die Wachstumsfalle

Die Delegiertenversammlung der Grünen Partei der Schweiz hat am 13. Juni in Solothurn ein Papier zum Green New Deal verabschiedet. Darin wurden Lösungsansätze für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft skizziert. BastA! hat drei Anträge gestellt. Darunter einen Antrag zum Kapitel „ökologischer Umbau der Baubranche“. Dieser Antrag hat an der Delegiertenversammlung einige Diskussionen ausgelöst, wurde aber letztlich trotzdem angenommen.



Worum geht es? BastA! hatte im erwähnten Antrag gefordert, dass auf den Pro-Kopf-Verbrauch an Wohnfläche eine ökologische Steuer eingeführt sei. Sie soll diejenigen Haushalte

belasteten, die überdurchschnittlich viel Wohnfläche pro Kopf in Anspruch nehmen. Der Ertrag dieser Steuer soll in den sozialen Wohnungsbau fliessen.

Der Antrag war eigentlich als Beispiel gedacht, um einen Widerspruch im Positionspapier aufzudecken. Trotz einleitender Kritik am kapitalistischen System und am vorherrschenden

Wachstumscredo blieben nämlich die konkreten Lösungsansätze genau diesem System und diesem Credo verpflichtet. Man kann zwar als konjunkturpolitische Massnahme

durchaus fordern, es soll mehr in innovative, zukunftsweisende Technologie, in Energieeffizienz, in erneuerbare Energien etc. investiert werden. Das ist richtig. Tatsache ist aber, dass alle vergangenen Bemühungen, die Energieeffizienz zu steigern, letztlich zu erhöhtem Energiekonsum geführt haben. In Fachkreisen spricht man in diesem Zusammenhang vom „Reboundeffekt“. Dieser lässt sich an einfachen Beispielen erläutern:

Die Haushaltgeräte-Produzenten bringen immer energieeffizientere Geräte auf den Markt. Man dürfte daher annehmen, dass dadurch der Energiekonsum insgesamt sinkt. Die Energieeinsparung des einzelnen Geräts wird aber dadurch kompensiert, dass mehr solche Geräte gekauft und diese häufiger ersetzt werden. Statt einen Fernseher pro Wohnung kauft man heute beispielsweise einen Fernseher pro Zimmer. Oder, es wird zwar mit einer A+++ Waschmaschine gewaschen, aber dafür umso öfter.

Das Gleiche gilt auch für das Auto: Man kann das energieeffizienteste Auto kaufen, der Verkehr nimmt deshalb nicht ab. Im Gegenteil, die zurückgelegten Kilometer

pro Kopf nehmen zu, und die Versiegelung der Böden durch den Bau zusätzlicher Strassen und Parkplätze schreitet rasant voran.

Wenn also Millionen von Franken in neue, „grüne“ Technologien investiert werden, um das Wachstum anzukurbeln, tut das der Wirtschaft gut, nicht aber dem Klima. Der Effizienzgewinn beziehungsweise die Energieeinsparung wird durch den wachsenden Konsum mehr als wettgemacht.

Ähnliche Effekte lassen sich auch im Bereich Wohnen feststellen. Der Boden ist ein knappes Gut. „Verdichtetes Wohnen“ lautet daher das Schlüsselwort. Was aber geschieht in der Praxis? Es werden immer



grössere Wohneinheiten für immer weniger Bewohnerinnen und Bewohner gebaut, weil der Pro-Kopf-Verbrauch an Wohnfläche stetig zunimmt. Dies bedeutet letztlich Bodenverschleiss, Zersiedelung der Landschaft, und steigender Energiebedarf.

Die Wohnungen mögen nämlich noch so energieeffizient gebaut oder saniert werden, per Saldo sinkt der Energiekonsum pro Kopf kaum. Studien zeigen, dass der absolute Stromverbrauch mit zunehmender Wohnungsgrösse zunimmt. Das erstaunt nicht. Mehr Wohnfläche heisst mehr Beleuch-

tung. Es wird „brachliegender“ Wohnraum beheizt. Der Geräteanteil bleibt sich gleich, ob eine oder vier Personen in einer Wohnung wohnen. Kurz: Die Energiespareffekte dank neuer Technologien werden durch den steigenden Flächenbedarf neutralisiert. Nicht vergessen darf man, dass der Wohnflächenbedarf mit steigendem Einkommen zunimmt. Indem die aktuelle baselstädtische Förderung der Wohn-Bautätigkeit auf gute Steuerzahler ausgerichtet ist, bedient sie eine kleine wohlhabende Bevölkerungsgruppe mit überdurchschnittlich hohem Pro-Kopf-Verbrauch an Wohnfläche, und das in einem dicht besiedelten Stadtkanton.

Was kann man dieser Wachstumsfalle entgegensetzen? Wir von BastA! haben mit der Forderung, den Konsum von Wohnfläche mit einem Malus-System zu steuern, einen Vorschlag zur Diskussion gestellt. Wir hätten ebenso gut ein Malus-System für gefahrene Kilometer vorschlagen können, das auch bei Hybrid-Autos gilt. Der Konsum von „grünen Produkten“ ist vielleicht wirtschaftsfördernd und wachstumstreibend, aber nicht zwangsläufig ökologisch und sozial. Einfach auf Energieeffizienz zu setzen und gleichzeitig den Konsum auszuklammern, führt in eine Sackgasse.

Was wäre denn unter „grünem“ Konsum zu verstehen? Sicher ein behutsamer und genügsamer Konsum, der nicht auf Verschleiss aus ist, ein Konsum also, der weder ins gängige Wirtschaftsbild noch zum allgegenwärtigen Wachstumscredo passt.

Patrizia Bernasconi



ARSCH (Aktion Restrisiko schöne Schweiz) reagiert mit einer Strassenaktion auf die Chemekatastrophe in Schweizerhalle 1986. (Fotos: Martin Flückiger)

# Das junge grüne bündnis am Jugendkulturfestival

Aktion

«Was ist Jugendkultur?», fragte das junge grüne bündnis am Jugendkulturfestival (jkgf). Und sammelte fleissig Unterschriften für die Jugendkulturprozent-Initiative.

Die Jugendkultur war in aller Munde, nicht weiter verwunderlich, wenn der ganze Anlass Jugendkulturfestival heisst. Wir wollten es genauer wissen und fragten an unserem Stand, was denn genau Jugendkultur sei. An Stellwänden gaben die Besucherinnen und Besucher unterschiedlichste Antworten, von der Rollschuh-Disco auf der Autobahn bis zu konkreten Konzert-Projekten. Wer schon solche Ideen für ein konkretes Projekt hatte, konnte damit am Projektwettbewerb mitmachen. Dem Siegerprojekt winkt die Teilnahme an einem Juniorexperts-Kurs, organisiert vom Connect Café im Unternehmen Mitte (die Auswertung läuft derzeit).

Doch damit nicht genug: Wir unternahmen gleich noch etwas dafür, dass die Jugendkultur in Basel vermehrt gefördert wird, und sammelten weitere 500 Unterschriften für unsere Jugendkulturprozent-Initiative. Diese verlangt, dass der Kanton die Jugendkultur mit finanziellen Mitteln und Räumen unterstützt. Um auf die 3000 erforderlichen Unterschriften zu kommen, sind wir aber weiterhin auf Unterstützung angewiesen. Bitte macht auch in eurem Umkreis nochmals kräftig Werbung! Initiativbögen können auf unserer Website unter

[www.jungesgrünesbündnis.ch](http://www.jungesgrünesbündnis.ch) ausgedruckt werden.

Doch das war noch lange nicht alles an unserem Stand am jkgf. Der (Natur-)Rasen mit den roten und grünen Kissens lud zum gemütlichen Verweilen und Diskutieren ein.

Und erstmals kamen unsere neuen Postkarten zum Einsatz mit dem Slogan «mache statt motze». Die ansprechend gestalteten Karten sollen gwunderig machen auf uns und uns damit auch zusätzliche Mitglieder bringen.



Der Stand des jkgb am Jugendkulturfestival

## Mehr Wohnqualität dank «Fälbi-Tram»

Sie läuft sehr gut, die Initiative «Ja zum Basler Tram». Auffällig viele Jüngere, darunter viele Mütter mit Kind und Jungfamilien, unterzeichnen spontan, wenn wir jeweils samstags vor einem Quartierladen stehen und sammeln. Herzlich reagieren auch Ältere, vor allem Frauen, und danken uns unseren Einsatz.

Das macht unser Anliegen erfolgreich: In bloss der Hälfte der gesetzlich erforderlichen Zeit dürften wir die nötige Zahl von 3'000 Unterschriften beisammen haben.

Endlich wieder eine wohnliche Feldbergstrasse!

Achtung: Es handelt sich nicht um 3'000 Tramfreaks. Die überwiegend weiblichen Unterzeichnenden lassen sich ansprechen durch «mehr Wohnqualität» und «echte Verkehrsberuhigung».

Jung und Alt erkennt, dass das Tram nicht Selbstzweck ist. Sondern ein Mittel, um die Feldbergstrasse wieder wohnlicher zu machen und um Tram und Velo zu entfalten. Das heisst für uns: Tram und Velo

konsequent nebeneinander! Und der Durchgangs-Autoverkehr ab auf die Nordtangente!

Und nicht zuletzt geht es darum zu verhindern, dass die Anzahl der heutigen Busse auf der immer mehr überlasteten Linie 30 verdoppelt wird. Also lieber 1 Tram plus Anwohnerverkehr/Gewerbe anstatt 2 Busse plus uneingeschränkter Motorfahrzeugverkehr.

Profit für alle Quartiere

Das übergeordnete Ziel der «Traminitiative»: Überall dort in einem Quartier (teil), wo die Luftschadstoff-Grenzwerte überschritten werden, müssen die Behörden eine Planung in Gang setzen zu Gunsten

von Fussgänger/innen sowie von Velo und Tram und *zulasten* des Durchgangsverkehrs.

Ändern muss sich also das Denken der Planer/innen und Politiker/innen: Weg von der Verbreiterung von Autostrassen, stattdessen mehr Wohnlichkeit im Quartier mit intelligenten Verkehrslösungen. Damit man nicht je länger je mehr «hindenuuse» schlafen muss.

Beat Leuthardt

**Achtung:** Bitte (auch nur teilweise) ausgefüllte Unterschriftenbogen jetzt rasch zurück an: Traminitiative, Pf 1649, 4001 Basel. Danke!



# Wem gehört das Wasser?

So lautete der Titel einer Veranstaltung vom 23. Juni 09 im Volkshaus, organisiert von BastAI, der Unia Nordwestschweiz und der Lateinamerikagruppe Basel (ALBA). Das wichtigste Überlebenselement des Menschen, das Wasser, wird zunehmend privatisiert und kommerzialisiert. Eine unrühmliche Rolle spielt dabei der Schweizer Multi Nestlé.

An der Veranstaltung informierten Don Tomas Balduino, emeritierter Bischof von Goiás, Richter an der von MultiWatch organisierten Anhörung zur Politik von Nestlé in Kolumbien 2005 und Franklin Frederick, Aktivist für das Menschenrecht auf Wasser und Träger des Nord-Südpreises des Romero-Haus' 2009. Die beiden Brasilianer schilderten dem zahlreich erschienenen Publikum die Strategie von Multis wie Nestlé, durch Landkauf in den Besitz von Wasserquellen zu gelangen und damit das Grundelement Wasser für weite Bevölkerungsschichten unbezahlbar zu machen. Franklin Frederick kämpfte in Brasilien erfolgreich gegen die Privatisierung einer Wasserquelle durch Nestlé und wurde deshalb während seines Aufenthalts in der Schweiz durch Nestlé ausspioniert. Karin Haeberli stellte Franklin im Anschluss an die Veranstaltung einige Fragen.

*Franklin, mit welchen Mitteln ist es euch gelungen, die Privatisierung der Wasserquelle durch Nestlé in Brasilien zu vereiteln? Und was habt ihr konkret erreicht?*

Die Region „Circuito das Águas“ im Staat Minas Gerais ist sehr bekannt wegen ihrer Mineralwasserquellen, die seit dem 19. Jahrhundert aufgrund ihrer medizinischen Eigenschaften genutzt werden. In

den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat die Perrier-Gruppe der Stadt São Lourenço (SL), wo sich die Mineralwasserquellen befinden, den Wasserpark abgekauft. Perrier hat das Mineralwasser von SL vermarktet, aber ohne je die Quellen über ihre natürliche Kapazität hinaus auszubeuten. Anfang 90er Jahre hat die Nestlé-Gruppe weltweit die Kontrolle der Perrier-Gruppe erworben und ist damit auch Eigentümerin des Wasserparks von SL geworden. Nestlé hat nicht nur das Mineralwasser in Flaschen abgefüllt, sondern darüber hinaus auch begonnen, Trinkwasser mit dem Namen „Pure Life“ in einer im Wasserpark gebauten neuen Fabrik zu produzieren. Die von Nestlé gepumpte Menge an Grundwasser senkte den Grundwasserspiegel. Deshalb beschlossen die BürgerInnen von SL im Jahr 2000, einen Prozess gegen Nestlé zu führen. Dank Druckausübung einer Gruppe von BürgerInnen in der Schweiz und in Brasilien hat Nestlé im Jahr 2006 schlussendlich die Produktion des Wassers „Pure Life“ und auch das Pumpen von Wasser in SL eingestellt.

*Wie hast du erfahren, dass du von Nestlé ausspioniert wirst? Welche Schritte hast du in dieser Sache unternommen?*

Ich habe von dieser Sache im Juni 2008 Kenntnis erhalten, als ich den Bericht sehen konnte, den die als Agentin in die Gruppe ATTAC-Vaud eingeschleuste „Sarah Meylan“ geschrieben hatte. Ich war überrascht über die Fülle von Informationen über mich selbst. Ich bin oft in der Schweiz wegen unsere Kampagne gegen Nestlé und alles, was ich zwischen 2002 bis 2003 in der Schweiz gemacht habe, ist peinlich genau in diesem Bericht beschrieben. Ausserdem – was sehr gefährlich ist – kommen ab einem bestimmten Zeitpunkt meine Mails hinein. Was kann dies bedeuten? Hat Nestlé auch meinen elektronischen Briefkasten ausspioniert? Ich habe mehrmals vergeblich versucht, Erklärungen und Entschuldigungen bezüglich dieses Sachverhalts zu erhalten. Ich habe nun beim Friedensrichter von Vevey einen Antrag um einen Vergleich gestellt mit folgenden Forderungen: Nestlé muss zugeben, mich ausspioniert zu haben,

sich entschuldigen, einen offiziellen Brief nach Brasilien schicken, um Nestlé Brasilien zu verbieten, die durch die Spionageoperation erlangten Informationen zu verwenden und eine symbolische Schadenersatzsumme von Fr. 4'000.- zahlen. Es ist schwierig, mehr als das zu tun und ich denke, dass es Aufgabe der Schweizer Behörden ist zu bewirken, dass Nestlé sich nicht ungestraft aus dieser Affaire ziehen kann.

*Lula da Silva war aktiver Gewerkschafter. In linken Kreisen wird er sehr geschätzt. Kürzlich erntete er bei seinem Auftritt bei der ILO in Genf grossen Applaus. Welche Rolle spielt er aber in der Nestlé-Geschichte?*

Leider hat uns die Regierung von Lula gar keine Unterstützung in diesem Kampf gegen Nestlé gegeben, was sehr enttäuschend ist. Aber man muss sich daran erinnern, dass Lula, als er das erste Mal gewählt worden war, ans WEF nach Davos gereist war um dort an einem öffentlichen Treffen mit Peter Brabeck eine Partnerschaft zwischen Nestlé und dem Programme „Faim Zero“ (Null Hunger) abzuschliessen – damals das wichtigste Sozialprogramm der Lula-Regierung. Diese Partnerschaft ist von den Organisationen der brasilianischen Zivilgesellschaft sehr kritisiert worden.

*Welche Modelle schlägst du vor, um der Privatisierung des Wassers weltweit entgegenzuwirken?*

Man muss mehrere Massnahmen ergreifen, da das Problem sehr komplex ist. Aber es gibt eine einfache Massnahme, die vor allem in der Schweiz sehr einfach umzusetzen ist und die mit der schweizerischen Tradition völlig im Einklang steht: Der Aufbau von öffentlich-öffentlichen Partnerschaften. Das heisst, dass öffentlich-rechtliche Wasserunternehmen in der Schweiz – oder in Europa – öffentlich-rechtliche Unternehmen in den Ländern des Südens durch diese Partnerschaften direkt unterstützen können, entweder technisch oder finanziell. So wird eine solidarische Wirtschaft gebaut, um zu verhindern, dass die Unternehmen der Länder des Südens durch Privatunternehmen der Länder des Nordens gekauft werden.

*Lieber Franklin, wir danken dir ganz herzlich für dein Engagement und wünschen dir weiterhin Mut und Energie, um deinen Kampf weiterführen zu können.*

*Das Gespräch führte Karin Haeberli*



Franklin Frederick (rechts) neben Hans Schättli an einem Nestlé-Workshop

# Arm hoch!

Satire

## Ein Sommertheater mit Pausenclown und Happy End in vier Akten. Von Charlie Brown.

Vorbemerkung: Das nachfolgende Drama ist frei erfunden. Jede Ähnlichkeit mit noch lebenden oder schon tot geglaubten Personen ist rein zufälliger Natur.

1. Akt, in dem Fäden gezogen werden.

### 1. Szene

*Ein Mann betritt die Strasse. Seine Schuhsohle bleibt an einem Kaugummi kleben.*

*Mann:* „Scheisse, das melde ich dem Bürgertelefon der SVP.“

*Mann zieht Fäden bis zur nächsten Telefonzelle.*

### 2. Szene

*Lehner, mit SVP Armbinde, am Bürgertelefon.*

*Lehner:* „Was?? Schon wieder eine Kaugummi-Attacke? ... Ja, ich verstehe ... Sie wagen sich kaum mehr aus der Wohnung ... Ich verstehe ... Wie war doch gleich Ihr Name? ...aha, Vasella ... (stutzt) ... Ausländer? ... Ach so, bestens integriert... Blei-

ben Sie, wo Sie sind, Herr Vasella ... Arm hoch, ich komme!“

*Lehner hängt auf und brummt unwirsch vor sich hin:* „Das ist jetzt schon die dritte Kaugummiattacke innert 10 Tagen, das kann ja heiter werden bis zum Ablauf des Ultimatums.“

*Lehner steckt sich den SVP-Kaugummi-Entfernungsschaber in die Tasche und bestellt ein Taxi.*

2. Akt, in dem Hüte verwechselt werden

### 1. Szene

*Lehner betritt sein Büro und reinigt angeekelt den SVP-Kaugummi-Reinigungsschaber am Brünneli.*

*Lehner:* „Das war ein Bazooka, ich erkenne ihn am Geruch.“

*Das Telefon klingelt.*

*Lehner:* „SVP-Bürgertelefon, Lehner ... Was sagen Sie da?? ... Landvögte besetzen unsere Stadt? ... Ja, ich hab verstanden ... Ein Herzog ist auch dabei ... Und noch so ein Ausländer ... Ja, ich notiere ... De Meuron ... Rückfall ins Mittelalter ... Bauen Schlösser und Burgen ... Ja, ich werde das abklären ... Nein, ich kann Ihnen nicht genau sagen, um welche Volksgruppe es sich da handelt, wahrscheinlich um Österreicher ... Ja, ich ruf Sie zurück, sobald ich mehr weiss ...“

### 2. Szene

*Lehner, am Telefon, tippt eine Nummer ein.*  
*Lehner:* „Guten Tag, Herr Morin. Lehner hier ... Ach so, Sie haben meinen Anruf erwartet ... Ja, wegen der Landvögte ...Nein so was! ... Bei diesem Herzog handelt es sich um einen Einheimischen? ... Aha, Stadtentwicklung ... Keine Landvögte weit und breit ... Also das geht zu weit, Herr Morin! ... Nein, Herr Morin, wir verwechseln den Kesslerhut keineswegs mit dem Gesslerhut!“

*Lehner legt wütend auf.*

Pause, in der ein Pausenclown sich in Bescheidenheit übt

*Roger Federer betritt die Bühne, im einen Arm ein Kleinkind, im andern sein Racket.*  
*Federer (bescheiden):* „Es ist einfach unglaublich, wie ich zurzeit spiele. Und dass ich das geschafft habe. Zwillinge!! Ich bin der Grösste aller Zeiten! Und trotzdem bin ich mir selber treu geblieben und meinen

Freunden nach Wollerau gefolgt ... (schluchzt)... das war schon ein berührendes Erlebnis, wie man mich da empfangen hat ... (schluchzt) ... Meine Zwillinge haben da eine so tolle Umgebung... (wässriger Blick) ... Die baden in Golddukaten, bevor sie Mickey Mouse lesen können ... (denkwürdige Pause, dann pathetisch) ... Danke, Wollerau, ohne dich wäre ich nie so weit gekommen!“ (weint hemmungslos und zieht von dannen)

3. Akt, einfach zum Kotzen

*Lehner am Pult. Das Telefon klingelt.*

*Lehner:* „SVP-Bürgertelefon, Lehner ... Was? ... Ach so, in Kotze getreten ... Unbescholtene Mutter von vier Kindern ... Ich verstehe ... Aber Arm hoch, gute Frau, das kann Ihnen künftig öfters passieren, wenn die Polizei endlich das Recht bekommt, mutmasslichen Drogendealern Brechmittel zu verabreichen (lacht hemmungslos) ... Ach so, Sie finden das nicht lustig ... Dann wenden Sie sich doch an die Grünen, die sind für saubere Umwelt zuständig, nicht wir!“

*Lehner legt auf.*

4. Akt, in dem ein Asylant sein Unwesen treibt

### 1. Szene

*Lehner einmal mehr am Pult. Das Telefon klingelt.*

*Lehner:* „SVP-Bürgertelefon, Lehner? ... Was? Sie haben einen Asylanten angetroffen, und das nachts um halb elf!? ... Unverschämt so was ... Und setzt sich einfach so an den Nebentisch im Braunen Mutz ... Signalement? ... Dacht ich's mir doch, schwarz ... Klar fühlen sie sich bedroht ... Logo ... Bleiben sie, wo sie sind, Frau – wie war doch gleich Ihr Name? ... Aha, Zanolari, kommt mir irgendwie bekannt vor ... Vermutlich bestens integriert, was? ... Arm hoch, Frau Zanolari, wir kommen!“

*Lehner setzt die Trillerpfeife an die Lippen. Eine bis auf die Zähne bewaffnete Truppe erscheint und verlässt mit Lehner an der Spitze den Schauplatz.*

### 2. Szene

*Lehners Truppe erreicht verschwitzt und keuchend den Braunen Mutz. Eine Frau erwartet Sie.*

*Lehner:* „Zanolari?“

*Frau:* „Ja“

*Lehner:* „Wo ist der Kerl? Den schmeissen wir raus!“

*Zanolari (hämisch):* „Fehlalarm, Lehner, ich wollte nur eine alte Rechnung begleichen!“

Happy End

- Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.
- Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.– und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.
- Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. \_\_\_\_\_.–  
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.– pro Monat).
- Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.–)

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telephon/Fax: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
BastA!, Basels starke Alternative  
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel  
oder Fax 691 16 31

Impressum: Nr. 3/September 2009. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch. erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Karin Haerberli, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel